

CDU-Wahlprogramm 2025

Status: am 17. Dezember beschlossen

Umfragen: 30 bis 36 Prozent, Regierungsbeteiligung wahrscheinlich

Einwanderung: Grundsätzliche Wende in der Migrationspolitik. Kontrolle über Migration zurückgewinnen. Illegale Migration stoppen. Humanitäre Aufnahmen nur so, dass die Möglichkeiten Deutschlands nicht überfordert werden. Asylsystem mit sicheren Identitätsfeststellungen und konsequenter Umsetzung der Asylentscheidung (Seite 40).

Einwanderung von Fachkräften: Berufsqualifikationen sollen einfacher und schneller anerkannt werden, damit ausländische Fachkräfte leichter einwandern können. Es soll eine „digitale Bundesagentur für Einwanderung“ geben, Service aus einer Hand. Sie sollen werben, vermitteln, Voraussetzungen prüfen, Visa geben, Aufenthaltstitel geben (Seite 13).

Asyl: Faktischer Aufnahmestopp. Zurückweisung an der Grenze für alle, die Asyl beantragen wollen. Grenzkontrollen so lange wie nötig. (Seite 40/41). Abschaffung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte. Beendigung aller Aufnahmeprogramme (Seite 41). Sachleistungen und restriktive Bezahlkarte. Ausreisepflichtige nur noch Bett, Brot und Seife (Seite 41). Subsidiären Schutz abschaffen (Seite 41). Ukrainer bekommen kein Bürgergeld mehr, damit sie arbeiten (Seite 41). Mehr sichere Herkunftsländer und Rücknahmeabkommen (Seite 41). Schutzbedürftige sollen als Kontingent aufgenommen werden, Asylverfahren in sicheren Drittstaaten (Seite 42). Frontex bekommt mehr Personal. Durch lückenlose Kontrolle der Grenzen sollen Kontrollen an Binnengrenzen überflüssig werden (Seite 42). Nach antisemitischer Straftat wird Schutz aberkannt und abgeschoben (Seite 44).

Integration: Der Spracherwerb soll auch berufsbegleitend möglich sein (Seite 29). Der Vielfalt eine Ordnung geben: Es braucht eine Leitkultur (Seite 54). Bekenntnis zu Freiheit, Gleichberechtigung, Demokratie und Rechtsstaat (Seite 54). Integration muss gefördert, aber intensiver als bisher eingefordert werden (Seite 55). Mit Schutzberechtigten Integrationsvereinbarungen abschließen (Seite 55). Stiftung zur Unterstützung von Moscheegemeinden, Ausbildung vom Imamen in Deutschland (Seite 57). Wer Geld einer ausländischen Regierung bekommt, bekommt kein Geld von Deutschland (Seite 57).

Abschiebungen: Alle abgelehnten Asylbewerber sollen abgeschoben werden, auch nach Syrien und Afghanistan (Seite 41). Ausreisearrest im Anschluss an Abschiebungshaft, und zwar unbegrenzt (Seite 41).

Terrorismus: Wer für Terrororganisation wirbt, soll ausgewiesen werden. Doppelstaatler sollen deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Insbesondere wer islamistischen Gottesstaat fordert oder wegen Antisemitismus verurteilt ist (Seite 43). Moscheen, in denen Hass und Antisemitismus gepredigt wird, werden geschlossen (Seite 43).

Einbürgerung: Bekenntnis zum Existenzrecht Israels wird Voraussetzung. Möglichkeit der Einbürgerung nach drei Jahren wird abgeschafft. Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft wird abgeschafft (Seite 55).

Ukraine: Alle erforderliche diplomatische, finanzielle und humanitäre Unterstützung und Waffen. Mit Polen, Frankreich und Großbritannien Unterstützung so, dass die Ukraine mit Russland auf Augenhöhe verhandeln kann. Sanktionen gegen Russland, dass Putin den Krieg beendet (Seite 45).

SPD-Wahlprogramm 2025

Status: Entwurf, Beschluss am 11. Januar geplant

Umfragen: 14 bis 18 Prozent, Regierungsbeteiligung möglich

Einwanderung: Als alternde Gesellschaft sind wir auf Zuwanderung angewiesen (Seite 51). Wir werden die Ankunftsstrukturen optimieren, Verfahren beschleunigen, Ausländerbehörden stärken (Seite 52). Migrationsabkommen sollen Interessen der Herkunfts- und Aufnahmeländer berücksichtigen (Seite 53). Mit Entwicklungszusammenarbeit wollen wir Fluchtursachen wirksam bekämpfen (Seite 53).

Einwanderung von Fachkräften: Wir benötigen die Zuwanderung von mehreren Hunderttausend Fachkräften pro Jahr (Seite 7/8). Deutlich transparentere vereinfachte Anerkennung von Qualifikationen (Seite 12). Fachkräfteinitiative für Kitas und Schulen gemeinsam mit Bundesländern (Seite 12). Gesundheitswesen: Weltweite Anwerbung und Integration von Fachkräften (Seite 30). Qualifizierte Fachkräfte sollen einfacher und schneller nach Deutschland kommen (Seite 52).

Asyl: Geflüchtete Frauen besser vor Gewalt schützen. Vom Ehegatten unabhängiges Aufenthaltsrecht soll praxistauglicher werden (Seite 42). Wer auf Schutz angewiesen ist, dem gewähren wir Schutz (Seite 51). Wer als Geflüchteter keinen Schutzstatus erhalten hat und dennoch Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft bewältigt und straffrei ist, dem soll der Spurwechsel in die Fachkräfteeinwanderung ermöglicht werden (Seite 51). Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) ist der Schlüssel, um Migration besser zu steuern (Seite 52). Asylentscheidungen sollen innerhalb von sechs Monaten getroffen werden (Seite 52). Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige weiterhin ermöglichen. Außengrenzen der EU stärker kontrollieren (Seite 52). Externalisierung von Asylverfahren lehnen wir ab (Seite 53).

Seenot: Seenotrettung ist ein humanitäres Anliegen (Seite 53)

Integration: Ausbau und dauerhafte und auskömmliche Finanzierung von Deutschsprachförderung und Beratungsangeboten (Seite 12). Bildungssystem für die Einwanderungsgesellschaft, damit Kitas und Schulen von allen mit Erfolg besucht werden (Seite 13). Wir werden die Integrationskurse ausbauen (Seite 51). Wir wollen ein Partizipationsgesetz auf den Weg bringen (Seite 51). Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung (Seite 52).

Abschiebungen: Wer sich nicht an die Regeln hält, muss wieder gehen (Seite 51). Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen, freiwillige Ausreise bevorzugen wir (Seite 52).

Terrorismus: Islamisten Räume und Finanzen entziehen. Islamistische Netzwerke zerschlagen (Seite 40).

Ukraine: Diplomatische, militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung. Die Ukraine muss mögliche Verhandlungen mit Russland auf Augenhöhe führen. Ausrüstung mit Besonnenheit und Augenmaß, Marschflugkörper Taurus nicht liefern. Friedensinitiativen von Selenskyj werden begrüßt (Seite 53).

Die Grünen - Wahlprogramm 2025

Status: Entwurf, Beschluss am 26. Januar geplant

Umfragen: 12 bis 14 Prozent, Regierungsbeteiligung möglich.

Einwanderung: Deutsche Stärken: Unsere Kraft als Einwanderungsland (Seite 6). Einwanderungssystem auf der Höhe der Zeit. Visa komplett digitalisieren, Wartezeit verkürzen (Seite 54). Bezahlbarer Wohnraum mit bessere Kinderbetreuung (Seite 55). Dauerhafte Binnengrenzkontrollen lehnen wir ab (Seite 56). In der Aus- und Fortbildung der Polizei soll für Diversität sensibilisiert werden (Seite 57).

Einwanderung von Fachkräften: Deutschland muss für die besten Arbeitskräfte aus aller Welt attraktiv sein. Arbeitsvisum online beantragen, digitale Einwanderungsagentur. Austausch auf Englisch (Seite 11). Bildungsabschlüsse leichter anerkennen (Seite 54).

Asyl: Kosten für die Unterbringung müssen komplett von Bund und Land übernommen werden (Seite 47). Schutzkonzept für Frauen in Aufnahmeeinrichtungen (Seite 51). Flucht und Arbeitsmigration unterscheiden, aber pragmatischer Spurwechsel (Seite 54). Wenn Arbeitsgeber und Geflüchtete sich einig sind, soll der Staat nicht im Wege stehen (Seite 55). Fluchtursachen wollen wir bekämpfen (Seite 55). Wir verteidigen Grundrecht aus Asyl, wollen schnelle und faire Verfahren. Wir stehen zum Kirchenasyl. Wir wollen Familiennachzug ermöglichen und existierende Einschränkungen aufheben. Wer kein Aufenthaltsrecht hat, muss zügig ausreisen, freiwillige Rückkehr hat Vorrang. Faire, verbindliche und solidarische Verteilung von Schutzsuchenden in Europa (Seite 55). Asylanträge müssen hier geprüft werden, keine Auslagerung. Humanitäre Aufnahme- und Resettlementprogramme (Seite 56). Syrien ohne Assad soll unterstützt werden. Mehr Sanktionen gegen den Iran (Seite 63). Für die Rechte von Frauen in Afghanistan, Abschiebestopp für Iran und Jesid:innen (Seite 64)

Seenot: Menschenrechte müssen auch an Außengrenzen gelten (Seite 55). Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung (Seite 56).

Integration: Migrantische Jugendverbände wollen wir gezielt unterstützen (Seite 39). Wir wollen das kommunale Wahlrecht für Drittstaatenbürger:innen einführen (Seite 48). Aktionsplan gegen Islamfeindlichkeit und Ausbildung von Imam:innen (Seite 50). Partizipationsgesetz und Partizipationsrat (Seite 51). Eigenständiger Aufenthaltstitel nach Trennung (Seite 51). Sprachkurse vom ersten Tag an (Seite 55).

Abschiebungen: Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Strafe zurückgeführt werden (Seite 55).

Terrorismus: Es soll schwerer werden, legal an Waffen zu kommen (Seite 57).

Ukraine: Diplomatische, finanzielle, humanitäre und militärische Unterstützung. Starke Position für Friedensbemühungen (Seite 60). Unterstützung der ukrainischen Friedensbemühungen, Unterstützung auf dem Weg in die EU und die NATO (Seite 60).

AfD-Wahlprogramm 2025

Status: Entwurf, Beschluss am 11./12. Januar geplant

Umfragen: 17 bis 20 Prozent, Regierungsbeteiligung nahezu ausgeschlossen.

Einwanderung: Bei Wohnbaugrundstücken und Wohnraum sollen Einheimische bevorzugt werden (Seite 13). Begrenzung der Zuwanderung auf qualifizierte Arbeitskräfte (Seite 22). Fast die Hälfte der Bürgergeldempfänger sind Ausländer, das gefährdet die Finanzierbarkeit (Seite 23). Bürgergeldbezug für Ausländer soll es erst nach fünf Jahren sozialversicherungspflichtiger Arbeit geben (Seite 24). Kosten der Zuwanderung und Asylpolitik sollen offengelegt werden (Seite 30/31). Schächten soll nur mit Betäubung zulässig sein, Fleischimport nur bei Einhaltung deutscher Regeln (Seite 41).

Einwanderung von Fachkräften: Für gut ausgebildete Fachkräfte ist Deutschland nicht mehr attraktiv (Steuern, Sicherheit, Schulbildung, Wohnraum) (Seite 9). Abgewanderte einheimische Fachkräfte zurückholen (Seite 11). Medizinisches Fachpersonal nur mit C1-Standard. Die Universität soll bevorzugt Deutsche ausbilden (Seite 29). Vor der Anwerbung außereuropäischer Fachkräfte Potential hier ausschöpfen. Lieber KI oder Roboter einsetzen. Lieber hier Lebende qualifizieren. Punktesystem für Einwanderung, Quoten festlegen (Seite 58).

Asyl: Geflüchteten den Aufenthaltstitel bei Reisen ins Heimatland entziehen (Seite 24). Deutschland ist zum Hauptanziehungsland für Armutsmigranten geworden. Es gibt unkontrollierte Millioneneinwanderung durch die offenen Grenzen. Folgen sind steigende Kriminalität und Gefährdung des Wohnungsmarktes. In der Regel bleibt fast jeder illegal eingereiste Asylbewerber dauerhaft hier (Seite 52). Deutschland soll aus der gemeinsamen europäischen Asylpolitik aussteigen. Aufnahme wird auf die beschränkt, die unmittelbar und konkret bedroht sind. Asylanträge sollen in Zukunft außerhalb von Deutschland bearbeitet werden. Keine Aufnahmen mehr aus Afghanistan. (Seite 53). Asylantrag nur mit gesicherter Identität. Mehr sichere Herkunftsstaaten. Dauerhaftes Bleiberecht für Anerkannte erst nach zehn Jahren. Keine Arbeitserlaubnis für Asylbewerber und Abgelehnte. Unterbringung in Zentralen Aufnahmeeinrichtungen im gesamten Verfahren. Leistungen nur als Sachleistungen und Bezahlkarte, Absenkung auf Existenzminimum. Kein Recht auf Sozialleistungen auch bei Anerkennung (Seite 54/55). Keine Zuweisung von Wohnungen an Asylberechtigte.

Seenot: Seenotrettung im Mittelmehr sofort einstellen (Seite 54).

Integration: Integrationsfähigkeit durch Begrenzung der Zuwanderung wieder herstellen. Die Asylindustrie soll eingegrenzt werden. Migranten sollen B2 innerhalb von zwei Jahren erreichen. Kosten für abgebrochene Sprachkurse sind zurückzuerstatten (Seite 56). Kinderehen und Zwangsehe sollen annulliert werden. Muslimische Frauen sollen auch gleichberechtigt sein. Burka und Niqab sollen in der Öffentlichkeit verboten werden (Seite 63). In Kitas soll die deutsche Sprache Pflicht werden (Seite 75). Wer nicht genug Deutsch kann, soll nicht am Regelunterricht teilnehmen. Islamunterricht soll abgeschafft werden, Sonderrechte für Muslime an der Schule sollen abgeschafft werden (Seite 79). Die deutsche Leitkultur ist Voraussetzung für das Funktionieren der Gesellschaft (Seite 83).

Abschiebungen: Entwicklungshilfe nur an die, die bei Abschiebungen mitmachen (Seite 51). Wer kein Bleiberecht besitzt, wird abgeschoben (Seite 52). Einrichtung von Gewahrsamszentren an der Grenze, Zurückweisungen (Seite 53). Umfassende Rückführungsoffensive, keine Bleiberechtsregelungen für Geduldete. Abschaffung von Ausbildungsduldung, Beschäftigungsduldung, Chancen-Aufenthaltsrecht (Seite 55). Abschaffung des Kirchenasyls (Seite

56). Abschiebung von Straftätern, Gefährdern und Syrern. Einleitung von Widerrufsverfahren gegen subsidiär geschützte Syrer (Seite 56).

Terrorismus: Es gibt täglich eine Vielzahl von Messerangriffen und Gruppenvergewaltigungen. Wir haben Gewalkriminalität durch Claus, Banden und ausländische Mafia. Verweigerung des Aufenthaltsrechts für ausländische Gewalttäter und Terroristen. Präventivhaft für ausländische Gefährder und Terroristen (Seite 59). Islamische Organisationen dürfen nicht Körperschaft öffentlichen Rechts werden. Imame müssen C1-Zertifikat haben und auf Deutsch predigen. Jobcenter müssen Standesamtsdaten bekommen, Zweit- und Drittfrauen sollen kein Bürgergeld erhalten (Seite 63).

Einbürgerung: Einbürgerungen nicht mehr verschenken. Mehrfache Staatsangehörigkeiten abschaffen. Einbürgerungsanspruch abschaffen (Seite 57). Unzulässigkeit der Einbürgerung ausländischer Straftäter (Seite 59).

Ukraine: Durch Russlandsanktionen ist bezahlbare Energie gefährdet, Deutschland international nicht mehr konkurrenzfähig (Seite 14). Ukrainische Flüchtlinge sollen Asylbewerberleistungen bekommen (Seite 24). Die Bundeswehr ist in einem desolaten Zustand, weil sie Material in die Ukraine gegeben hat und ukrainische Soldaten Ausbildung (Seite 47). Die Sanktionen gegen Russland sollen aufgehoben werden, die Ukraine soll neutral werden (Seite 49).

FDP-Wahlprogramm 2025

Status: Entwurf, Beschluss am 9. Februar geplant

Umfragen: zwischen 3 und 5 Prozent, Einzug in den Bundestag nicht sicher

Einwanderung: neue Migrationspolitik, die mehr steuert und ordnet (Seite 21). Islamverbände kritisch überprüfen (Seite 24). Imame in Deutschland ausbilden, Religionsunterricht ohne ausländischen Einfluss (Seite 25). Einwanderungsgesetzbuch schaffen (Seite 26).

Einwanderung von Fachkräften: Einwandernde Fachkräfte sollen nur noch mit einer staatlichen Stelle zu tun haben (Seite 26). Anerkennung für ausländische Pflegekräfte drastisch vereinfachen (Seite 33/34).

Asyl: Anerkannte Flüchtlinge (auch Ukraine) sollen kein Bürgergeld, sondern ein neues Sozialgeld erhalten. Integration in den Arbeitsmarkt fördern, weniger Sozialleistungen. Mehr sichere Herkunftsländer, keine Familienzusammenführung zu subsidiär Geschützten, mehr sichere Herkunftsländer. Zurückweisungen an der Grenze. Migrationsabkommen für mehr Rücknahmen (Seite 27).

Integration: Sprachtest im Vorschulalter, bei Bedarf zwei Jahre verpflichtende Förderung vor Schulpflicht (Seite 6). Sprachkurse und Integrationskurse trennen. Zwangsheirat und Genitalverstümmelung besser bekämpfen (Seite 28).

Abschiebungen: Wer kein Bleiberecht bekommt, soll gar nicht erst einreisen dürfen. Alle ohne Bleiberecht abschieben. Zuständigkeit auf Bundesebene (Seite 27).

Terrorismus: Verbot von »Samidoun« und »Islamischem Zentrum Hamburg« richtig. »Graue Wölfe«, »Masar Badik« und »BDS-Bewegung« prüfen (Seite 25/26).

Einbürgerung: Einbürgern nur, wenn der Lebensunterhalt selbst verdient wird (Seite 28).

Ukraine: Die Verteidigung darf nicht an Geld und Waffenlieferungen scheitern. Echten Frieden gibt es nur, wenn Putin keinen Erfolg hat. Die Ukraine muss auch Abschussbasen und Nachschublinien in Russland erreichen und muss unverzüglich Taurus erhalten (Seite 46).

Die Linke - Wahlprogramm 2025

Status: Entwurf, Beschluss am 18. Januar geplant.

Umfragen: 3 bis 4 Prozent, Einzug in den Bundestag nicht sicher.

Einwanderung: Leitbild einer demokratischen und sozialen Einwanderungsgesellschaft (Zeile 2436). Visaliberalisierung und offenes und solidarisches Einwanderungsrecht, das sich nicht an Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert (Zeile 2485).

Einwanderung von Fachkräften: Studium: Unbürokratische Anerkennung von Abschlüssen, vereinfachter Zugang zum Studium. Keine Studiengebühren (Zeile 2397). Bafög auch für Geduldete (Zeile 2392). Qualifikationen schneller anerkennen (Zeile 2443).

Asyl: Wir stehen zum Recht auf Asyl. Wir wollen keine Festung Europa (Zeile 52). Arbeitserlaubnis ab dem Tag der Ankunft (Zeile 2493). Geldleistungen statt Bezahlkarte (Zeile 2502). Aufnahmekontingente und Beteiligung an Resettlementprogrammen (Zeile 2535).

Integration: Bundesprogramm für Weiterbildung von Lehrer:innen als DAZ-Lehrer:innen und für Alphabetisierungskurse für Eltern (Zeile 2311). Aktives und passives Wahlrecht auf allen Ebenen für alle (Zeile 2445). Effektive Bleiberechtsregelungen für alle (Zeile 2452). Partizipationsgesetz, Quote für öffentlichen Dienst, Partizipationsrat mit migrantischen Selbstorganisationen (Zeile 2458). Antirassismus ins Gesetz, keine rassistischen Polizeikontrollen (Zeile 2465). Schaffung eines Beauftragten für muslimisches Leben (Zeile 2478).

Abschiebungen: Abschiebungen als Doppelbestrafung lehnen wir ab. Straftäter sollen reguläres Strafverfahren erhalten und Haftstrafen im Inland verbüßen (Zeile 2455).

Seenot: Die Abschottungsagentur Frontex muss umgewandelt werden in eine europäische Rettungsmission (Zeile 1034). Legale und sichere Einreisemöglichkeiten (Zeile 2508).

Einbürgerung: Zu hohe Einkommenshürden. Recht auf Einbürgerung nach fünf Jahren für alle (Zeile 2448).

Ukraine: Angriffskriege wie der von Russland gegen die Ukraine bedrohen Millionen von Menschen (Zeile 899). Humanitäre Hilfe und diplomatische Initiativen (Zeile 905). Statt mehr Waffenlieferungen gemeinsame Initiative, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen (Zeile 909). Gezielte Sanktionen gegen die Kriegskasse des Kreml und gegen Personen, die an Kriegsverbrechen beteiligt sind (Zeile 911).

BSW - Wahlprogramm 2025

Status: Entwurf, Beschluss am 12. Januar geplant.

Umfragen: 4 bis 8 Prozent, Einzug in Bundestag nicht sicher, Regierungsbeteiligung unwahrscheinlich.

Einwanderung: Die unkontrollierte Migration muss gestoppt werden! (Seite 6)

Asyl: Die Bürgergeld-Ausgaben für Flüchtlinge sind von rund sechs Milliarden im Jahr 2021 auf fast 14 Milliarden Euro gestiegen. Das untergräbt die Akzeptanz des Bürgergeldes und schädigt diejenigen, die es benötigen, etwa Alleinerziehende, denen ein Kita-Platz vorenthalten wird (Seite 6). Asylverfahren sollten außerhalb der EU in sicheren Drittstaaten stattfinden (Seite 6). Das Prinzip, dass jeder, der die EU erreicht, unabhängig vom Schutzstatus fast immer bleiben kann, übt eine enorme Sogwirkung aus (Seite 7). Wer aus einem sicheren Drittland einreist, hat keinen Anspruch auf Aufenthalt. Wer kein Recht auf Aufenthalt hat, hat keinen Anspruch auf ein Asylverfahren und auch keinen Anspruch auf soziale Leistungen (Seite 7).

Integration: Sprachtests für Kinder ab drei Jahren und verpflichtender Kitabesuch bei festgestellten Defiziten (Seite 8).

Abschiebungen: Durchsetzung von Recht und Gesetz bei Abschiebungen. Dass selbst Straftäter oft genug im Land bleiben, ist empörend. Das Asylrecht wird in großem Stil missbraucht (Seite 7). Durch Nichtdeutsche verübte Straftaten steigen überproportional – inzwischen sind es allein 24 Sexualdelikte pro Tag. Gewalttäter, Islamisten und Hassprediger müssen konsequent abgeschoben werden (Seite 7).

Ukraine: Angriffe auf Russland mit von den USA und Großbritannien gelieferten Langstreckenraketen sind eine neue gefährliche Eskalationsstufe. Taurus-Raketen für Ziele tief in Russland sind eine Kriegserklärung an die Atommacht Russland (Seite 8).

Bei den sieben Zusammenfassungen handelt es sich um meine Auswahl und Zusammenfassung. Alle Wahlprogramme finden sich auf den Internet-Seiten der genannten Parteien und können dort vollständig gelesen werden. Nach den Parteitag werden die Parteien sie entsprechend den Beschlüssen aktualisieren.

Wer die Programme nicht findet, kann sie auch von mir bekommen.

Korrekturen und Kritik gerne an mich.

Reinhard Pohl
reinhard.pohl@gegenwind.info